

## INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS .....	V
QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS .....	XIV
A. <i>Quellen</i> .....	XIV
I. Ungedruckte Quellen .....	XIV
II. Parlamentaria .....	XV
III. Statistische Veröffentlichungen .....	XVII
IV. Sonstige gedruckte Quellen .....	XVIII
B. <i>Zeitschriften und Zeitungen</i> .....	XIX
C. <i>Schriftum</i> .....	XX
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	XLVII
§ 1 EINFÜHRUNG UND LITERATURSTAND .....	1
I. <i>Aufgabenstellung und Ziel der Arbeit</i> .....	1
II. <i>Literaturstand</i> .....	10
III. <i>Gang der Untersuchung</i> .....	16
<b>ERSTES KAPITEL: BEGRIFFLICH-SYSTEMATISCHE UND VERFASSUNGSGESCHICHTLICHE VORAUSSETZUNGEN .....</b>	<b>18</b>
§ 2 ZUM BEGRIFF DER POLITISCHEN PARTIZIPATION, INSBESONDERE VON FRAUEN .....	18
§ 3 BEGRIFF UND FUNKTION DES STIMM- UND WAHLRECHTS .....	21
I. <i>Der Begriff des Stimm- und Wahlrechts und seine Bedeutung</i> .....	21
II. <i>Die verschiedenen Ebenen des Stimm- und Wahlrechts</i> .....	28
1. Städte und Landgemeinden.....	29
2. Amts- und Kreishauptmannschaften.....	34
3. Landesebene .....	37
4. Partizipation in weiteren Bereichen des öffentlichen Lebens .....	37
III. <i>Weitere Begriffsbestimmungen</i> .....	38
§ 4 DAS FRAUENBILD ZU BEGINN DES 19. JAHRHUNDERTS .....	41
I. <i>Frauenbild, weibliche Partizipation und Geschlechtsvormundschaft</i> .....	41
II. <i>Ausgangslage: Das Frauenbild in der ständischen Gesellschaft</i> .....	43
1. Politische und wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen in der ständischen Gesellschaft .....	43
2. Geistes-, kirchen- und sozialgeschichtliche Quellen des Frauenbildes .....	44
3. Schlussfolgerungen.....	46

<i>III. Der Wandel des Frauenbildes im Rahmen des Übergangs zur bürgerlichen Gesellschaft</i> .....	47
1. Die Formulierung von Geschlechtscharakteren.....	47
2. Die Differenzierung zwischen öffentlichem und privatem Lebensbereich.....	50
3. Schlussfolgerungen.....	52
<i>IV. Die Frau als Inhaberin politischer Rechte</i> .....	52
1. Naturrechtliche Herleitung .....	53
2. Die Frau als Staatsbürgerin.....	54
3. Gottlieb von Hippels Streitschrift für die politische Gleichberechtigung der Frauen .....	56
4. Die Familie als Keimzelle des Staates .....	57
5. Schlussfolgerungen.....	59
<i>V. Die Aufhebung der Geschlechtsvormundschaft im Königreich Sachsen</i> ....	61
<i>VI. Zwischenfazit</i> .....	64
<b>§ 5 DIE TEILNAHME DER FRAU AM ÖFFENTLICHEN LEBEN .....</b>	<b>66</b>
<i>I. Zum Problem der politischen Partizipation von Frauen</i> .....	67
<i>II. Frauenbewegung und Frauenrechte</i> .....	68
1. Die Anfänge der Frauenbewegung in Sachsen .....	68
a. Erstes öffentliches Wirken von Frauen im sozialen Bereich .....	69
b. Louise Otto-Peters und ihr Wirken für die Frauenbewegung .....	70
2. Die Frauenfrage als Rechtsfrage.....	73
3. Schlussfolgerungen.....	74
<i>III. Das Vereins- und Versammlungsrecht als Grundlage politischer Betätigung von Frauen</i> .....	74
1. Das sächsische Vereins- und Versammlungsrecht im Vormärz.....	75
2. Die Liberalisierung des Vereins- und Versammlungsrechts in der Bürgerlichen Revolution 1848/49.....	76
3. Die Einführung neuer Restriktionen im Jahre 1850.....	79
4. Schlussfolgerungen.....	82
<i>IV. Zwischenfazit</i> .....	83
<b>DRITTES KAPITEL: DAS WAHLRECHT NACH DER VERFASSUNGSGEBUGUNG VON 1831 UND DER STAATSREFORM 1831-1835 .....</b>	<b>85</b>
<b>§ 6 DER AUSSCHLUSS DER FRAUEN VOM WAHLRECHT ZUR STÄNDEVERSAMMLUNG NACH DER VERFASSUNG VON 1831 .....</b>	<b>85</b>
<i>I. Die Entstehungsgeschichte des Wahlrechts nach der Verfassung vom 4. September 1831 und des Wahlgesetzes vom 24. September 1831 ...</i>	<i>86</i>
<i>II. Das Wahlrecht nach dem Moßdorf-Entwurf einer Sächsischen Verfassung</i> .....	88

<b>III. Der Ausschluss der Frauen vom Landtagswahlrecht und die Wahlrechtsregelungen im Einzelnen.....</b>	<b>90</b>
1. Die Zusammensetzung der Ersten und der Zweiten Kammer .....	91
2. Die allgemeinen persönlichen Voraussetzungen von Stimmberichtigung und Wählbarkeit.....	94
3. Schlussfolgerungen.....	96
<b>IV. Zwischenfazit.....</b>	<b>97</b>
<b>§ 7 DAS FRAUENSTIMMRECHT IN DEN STÄDten UND LANDGEMEINDEn.....</b>	<b>98</b>
<i>I. Die Entstehung der Allgemeinen Städteordnung (AStO) für das Königreich Sachsen vom 2. Februar 1832 und das Frauenstimmrecht .....</i>	<i>99</i>
1. Die Wahl provisorischer Communrepräsentanten .....	100
a. Das mittelbare Frauenstimmrecht in Leipzig .....	100
b. Das Stimmrecht für Frauen als Forderung der „Vertreter und Vorsprecher“ der „Dresdner Bürger und Einwohner“ .....	101
c. Das „Mandat, die Wahl provisorischer städtischer Communrepräsentanten betreffend, vom 15. December 1830“.....	103
2. Außerparlamentarische Vorschläge zu einer Städteordnung.....	103
3. Schlussfolgerungen.....	106
<i>II. Gemeindemitgliedschaft, Bürgerrecht und Frauenstimmrecht nach der AStO .....</i>	<i>107</i>
1. Frauen als Mitglieder der Stadtgemeinde .....	109
a. Der Einfluss des Heimatgesetzes vom 26. November 1834 auf die Gemeindemitgliedschaft .....	109
b. Der Erwerb des Bürgerrechts durch Frauen .....	111
c. Die bürgerlichen Ehrenrechte als Voraussetzung von Stimmrecht und Wählbarkeit .....	114
d. Die Gemeindemitgliedschaft und Schutzverwandte .....	115
e. Zum Kriterium der Selbständigkeit als Voraussetzung für die Gemeindemitgliedschaft.....	116
2. Stimmrecht und Wählbarkeit in der Stadtgemeinde .....	117
3. Die Einführung der AStO nach dem „ <i>Gesetz, die Publication und Einführung der allgemeinen Städte-Ordnung betreffend, vom 2ten Februar 1832</i> “ und ihre Bedeutung für das Frauenstimmrecht.....	120
4. Änderungen des Wahlrechts nach der AStO bis 1837 .....	121
5. Schlussfolgerungen.....	122
<i>III. Entwürfe zu einer Landgemeindeordnung (LGO) .....</i>	<i>122</i>
1. Der Entwurf einer LGO vom 23. Februar 1833.....	123
2. Der Bericht der ersten Deputation der Zweiten Kammer vom 5. Oktober 1833 .....	132
3. Der Entwurf einer LGO vom 21. August 1834.....	135
4. Schlussfolgerungen.....	138

<i>IV. Zwischenfazit.....</i>	<i>139</i>
<b>VIERTES KAPITEL: DIE ENTWICKLUNG DES FRAUEN-STIMM- UND WAHLRECHTS VON 1838 BIS 1866.....141</b>	
<b>§ 8 DER AUSSCHLUSS DER FRAUEN VOM WAHLRECHT ZUR STÄNDEVERSAMMLUNG .....</b>	<b>141</b>
<i>I. Das Wahlrecht zur Ständeversammlung in der Bürgerlichen Revolution von 1848/49.....</i>	<i>142</i>
<i>II. Änderungen des Wahlrechts zur Ständeversammlung bis 1866.....</i>	<i>154</i>
<i>III. Wirkungen des Wahlrechts zur sächsischen Ständeversammlung zwischen 1831 und 1866 .....</i>	<i>159</i>
<i>IV. Exkurs: Die Debatte über den Zutritt des weiblichen Geschlechts auf die öffentlichen Tribünen der Ersten und Zweiten Kammer.....</i>	<i>165</i>
<i>V. Zwischenfazit.....</i>	<i>174</i>
<b>§ 9 DAS FRAUENSTIMMRECHT IN DEN STÄDten UND LANDGEMEINDEN.....177</b>	
<i>I. Das Frauenstimmrecht in den Beratungen des Sächsischen Landtages zur Landgemeindeordnung vom 7. November 1838.....</i>	<i>178</i>
1. Frauen als Mitglieder der Landgemeinde .....	179
a. Erwerb der Gemeindemitgliedschaft durch Frauen.....	179
b. Das Kriterium der Selbständigkeit als Voraussetzung für die Gemeindemitgliedschaft.....	180
2. Das Frauenstimmrecht nach der LGO vom 7. November 1838 .....	181
3. Schlussfolgerungen .....	193
<i>II. Die Einführung der LGO nach der Verordnung vom 7. November 1838 .....</i>	<i>194</i>
<i>III. Die weitere Entwicklung von AStO und LGO bis 1866 .....</i>	<i>195</i>
<i>IV. Die Anwendung der AStO und der LGO auf das Frauenstimmrecht zwischen 1831 und 1866 .....</i>	<i>219</i>
1. Die Stadtverordnetenwahlen in großen Städten.....	220
2. Die Stadtverordnetenwahlen in kleineren Städten mit AStO .....	222
3. Die Anwendung der LGO in kleineren Städten .....	223
4. Die Wahlen der Ausschusspersonen nach der LGO in verschiedenen Landgemeinden.....	228
5. Schlussfolgerungen.....	240
<i>VI. Zwischenfazit.....</i>	<i>241</i>
<b>§ 10 FRAUENSTIMMRECHTE IN WEITEREN BEREICHEN DES ÖFFENTLICHEN LEBENS .....</b>	<b>246</b>
<i>I. Frauen als Stimmberechtigte in den Angelegenheiten der Kirchen- und Schulgemeinden.....</i>	<i>246</i>
<i>II. Die Wahl von Friedensrichtern .....</i>	<i>247</i>

<i>III. Stimmrechte im berufsständischen Selbstverwaltungswesen</i> .....	249
<i>IV. Zwischenfazit</i> .....	250
<b>FÜNFTES KAPITEL: DIE REFORMPHASE NACH DEM BEITRITT ZUM NORDDEUTSCHEN BUND 1866 UND DER GRÜNDUNG DES KAISERREICHES 1871 .....</b>	
<b>§ 11 DAS WAHLRECHT ZUR STÄNDEVERSAMMLUNG .....</b>	<b>251</b>
<i>I. Das Frauenwahlrecht als politische Forderung der sozialdemokratischen Parteien</i> .....	253
1. Die Entstehung der Sozialdemokratie in Sachsen .....	253
2. August Bebels „Die Frau und der Sozialismus“ .....	255
3. Die Verankerung des Frauenwahlrechts im Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP).....	258
4. Schlussfolgerungen.....	260
<i>II. Das Wahlrecht und die Vernachlässigung des Frauenwahlrechts nach dem Gesetz vom 3. Dezember 1868, die Wahlen zum Landtag betreffend</i> .....	261
1. Die Zusammensetzung der Kammern nach den Entwürfen vom 19. November 1867 .....	264
2. Die Voraussetzungen von Stimmberechtigung und Wahlbarkeit nach den Entwürfen von 1867 .....	265
3. Die Entwürfe in den Beratungen der Kammern .....	267
4. Schlussfolgerungen.....	279
<i>III. Reformbestrebungen im Landtagswahlrecht bis zum Jahre 1895</i> .....	279
<i>IV. Wirkungen des Wahlrechts zur sächsischen Ständeversammlung bis 1895</i> .....	284
1. Entwicklung der Zahl der Wahlberechtigten .....	284
2. Entwicklung der Wahlbeteiligung.....	285
3. Schlussfolgerungen.....	287
<i>V. Zwischenfazit</i> .....	287
<b>§ 12 DAS FRAUENSTIMMRECHT IN DEN STÄDTEN UND LANDGEMEINDEN .....</b>	<b>289</b>
<i>I. Vorgeschichte der Revision der Städte- und Landgemeindeordnungen</i> .....	289
1. Die Einführung von Kreisausschüssen, Bezirksausschüssen und Bezirksversammlungen im Rahmen der Verwaltungsreform von 1873 bis 1878.....	291
2. Die Streit'sche Vorlage einer einheitlichen Städte- und Gemeindeordnung auf dem Landtag von 1869/70.....	296
3. Das Promemoria zur Reformfrage vom 16. Mai 1871 und Vorentwürfe der Städte- und Landgemeindeordnungen .....	301

4.	Das Gesetz über die Aufhebung der Bürgerrechtsgebühren .....	302
5.	Schlussfolgerungen.....	303
<i>II. Das Wahlrecht und die Vernachlässigung des Frauenstimmrechts</i>		
	<i>nach der Revidierten Städteordnung (RevStO) vom 24. April 1873 .....</i>	304
1.	Frauen als Mitglieder der Stadtgemeinde .....	309
a.	Der Erwerb des Bürgerrechts durch Frauen .....	310
b.	Zum Kriterium der Selbständigkeit als Voraussetzung für die Gemeindemitgliedschaft.....	315
2.	Stimmrecht und Wählbarkeit in der Stadtgemeinde .....	317
3.	Das Inkrafttreten der Revidierten Städteordnung .....	325
4.	Änderungen des Wahlrechts nach der RevStO bis zum Jahre 1895.....	325
5.	Schlussfolgerungen.....	326
<i>III. Das Wahlrecht und die Vernachlässigung des Frauenstimmrechts</i>		
	<i>nach der Städteordnung für mittlere und kleine Städte (StOmkSt)</i> <i>vom 24. April 1873 .....</i>	327
<i>IV. Das Frauenstimmrecht nach der Revidierten Landgemeinde-</i> <i>ordnung (RevLGO) vom 24. April 1873 .....</i>		329
1.	Frauen als Mitglieder der Landgemeinde .....	331
2.	Stimmrecht und Wählbarkeit in der Landgemeinde .....	332
3.	Das Inkrafttreten der Revidierten Landgemeindeordnung.....	340
4.	Änderungen des Wahlrechts nach der Revidierten Land- gemeindeordnung bis zum Jahre 1895.....	340
a.	Die Petitionen einiger Landgemeinden auf Anwendung wahlrechtlicher Vorschriften der RevStO.....	340
b.	Das Gesetz, eine Änderung der Revidirten Landgemeinde- ordnung vom 24. April 1873 betreffend, vom 24. April 1886 .....	350
5.	Die Teilnahme von Frauen an den Wahlen in Landgemeinden.....	351
6.	Schlussfolgerungen.....	353
<i>V. Zwischenfazit .....</i>		354
<b>§ 13 FRAUENSTIMMRECHTE IN WEITEREN BEREICHEN DES ÖFFENTLICHEN LEBENS .....</b>		357
<i>I. Der Ausschluss von Frauen von den Stimmrechten in der Ver-</i> <i>fassung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Sachsen .....</i>		357
<i>II. Frauenstimmrechte im berufsständischen Selbstverwaltungswesen.....</i>		360
<i>III. Das Frauenstimmrecht in der Selbstverwaltung der Sozialversicherung....</i>		361
<i>IV. Zwischenfazit .....</i>		363

<b>SECHSTES KAPITEL: DIE ZEIT VON DEN WAHLRECHTSKÄMPFEN</b>	
<b>UM 1900 BIS ZUM ENDE DER MONARCHIE IN SACHSEN 1918 .....</b>	<b>365</b>
<b>§ 14 DIE BEDEUTUNG DER FRAGE DES FRAUENWAHLRECHTS IN DEN</b>	
<b>WAHLRECHTSKÄMPFEN 1895-1909 UND IN DER WEITEREN</b>	
<b>ENTWICKLUNG DES WAHLRECHTS ZUR STÄNDEVERSAMMLUNG .....</b>	<b>365</b>
<i>I. Das Erstarken der Sozialdemokratie in Sachsen und das</i>	
<i>„Kartell der Ordnungsparteien“ .....</i>	<i>365</i>
<i>II. Die Einführung des Dreiklassenwahlrechts in den Gesetzen</i>	
<i>vom 27. und 28. März 1896.....</i>	<i>369</i>
1. Die Vorgeschichte der Gesetzentwürfe von 1896 .....	370
2. Der Inhalt und die Beratungen der Gesetzentwürfe von 1896.....	374
3. Die Wahlrechtskämpfe in Sachsen 1896-1906 .....	381
4. Die Vorschläge der Regierung zu einer Reform des	
Landtagswahlrechts .....	385
5. Schlussfolgerungen.....	392
<i>III. Das Wahlgesetz für die Zweite Kammer der Ständeversammlung vom 5. Mai 1909 .....</i>	<i>393</i>
1. Die Beratungen der Gesetzentwürfe von 1907/1908 .....	394
2. Anträge auf Abänderung der Zusammensetzung der	
Ersten Kammer .....	403
3. Schlussfolgerungen.....	404
<i>IV. Die Wahlen zur sächsischen Ständeversammlung unter dem</i>	
<i>Dreiklassen- und dem Pluralwahlrecht im Überblick .....</i>	<i>405</i>
<i>V. Die Aktivitäten der Frauenstimmrechtsbewegung in Sachsen</i>	
<i>für das Frauenwahlrecht .....</i>	<i>407</i>
1. Das Wirken Marie Stritts in der bürgerlichen Frauenbewegung .....	408
2. Die Entstehung und Zielsetzung der organisierten	
Frauenstimmrechtsbewegung .....	409
3. Der erfolgreiche Protest gegen die Einführung des Verbots	
der Teilnahme von Frauen an politischen Versammlungen	
in Sachsen im Jahre 1898 .....	414
4. Petitionen auf Einführung des Frauenwahlrechts aus den	
Reihen der sächsischen Frauenstimmrechtsbewegung .....	418
5. Schlussfolgerungen.....	420
<i>VI. Letzte Reformversuche des Landtagswahlrechts 1917/18 .....</i>	<i>421</i>
<i>VII. Zwischenfazit .....</i>	<i>431</i>
<b>§ 15 DIE PRAXIS DES FRAUENWAHLRECHTS UNTER DEN REVIDIERTEN</b>	
<b>STÄDTEORDNUNGEN UND DER REVIDIERTEN LANDGEMEINDEORDNUNG .....</b>	<b>434</b>
<i>I. Änderungen im Gemeindewahlrecht der Städte und Landgemeinden .....</i>	<i>434</i>
1. Die Einführung eines Dreiklassenwahlrechts in den	
Städten und seine Wirkungen .....	435

2.	Das Gesetz, Änderung und Ergänzung von Bestimmungen der Revidierten Landgemeindeordnung betreffend, vom 4. Juli 1912 .....	441
3.	Schlussfolgerungen.....	452
<i>II.</i>	<i>Anderweitige Mitwirkung von Frauen an der Gemeindeverwaltung</i> .....	452
1.	Die Mitarbeit von Frauen in den Gemeindewaisenräten .....	453
2.	Frauen in der Gewerbeaufsicht .....	455
3.	Die Hinzuziehung von Frauen in die gemischten Ausschüsse.....	455
4.	Schlussfolgerungen.....	463
<i>III.</i>	<i>Zwischenfazit</i> .....	464
<b>§ 16</b>	<b>FRAUENSTIMMRECHTE IN WEITEREN BEREICHEN DES ÖFFENTLICHEN LEBENS .....</b>	<b>465</b>
<i>I.</i>	<i>Das Frauenstimmrecht im Schulwesen</i> .....	465
<i>II.</i>	<i>Frauenstimmrechte in der Selbstverwaltung der Sozialversicherung</i> .....	469
<i>III.</i>	<i>Zwischenfazit</i> .....	469
<b>SIEBENTES KAPITEL: DIE EINFÜHRUNG DES FRAUENWAHLRECHTS NACH DEM ENDE DER MONARCHIE IN SACHSEN .....</b>	<b>471</b>	
<b>§ 17</b>	<b>DIE EINFÜHRUNG DES FRAUENWAHLRECHT DURCH DEN „AUFRUF DES RATES DER VOLKSBEAUFTRAGTEN AN DAS DEUTSCHE VOLK“ VOM 12. NOVEMBER 1918 .....</b>	<b>471</b>
<i>I.</i>	<i>Die Neuordnung des Wahlrechts im Freistaat Sachsen</i> .....	471
1.	Die Ereignisse auf Reichsebene und ihre Wirkungen auf Sachsen .....	471
2.	Die Entwicklungen in Sachsen .....	473
3.	Die Rolle der Frauenbewegung in der Revolution von 1918.....	475
a.	Frauen in den Arbeiter- und Soldatenräten.....	475
b.	Stimmen zur Einführung des Frauenwahlrechts aus den Reihen der Frauenbewegung .....	480
4.	Schlussfolgerungen.....	482
<i>II.</i>	<i>Das Frauenwahlrecht bei den sächsischen Volkskammerwahlen vom 2. Februar 1919 .....</i>	<i>482</i>
1.	Die Verordnung über die Wahlen zur Volkskammer der Republik Sachsen (Landeswahlgesetz), vom 27. Dezember 1918 .....	483
2.	Weibliche Kandidaturen bei den Wahlen zur Volkskammer am 2. Februar 1919 .....	484
3.	Die schlechte Listenplatzierung von Frauen und ihre Ursachen .....	485
4.	Teilnahme von Frauen an öffentlichen Wahlveranstaltungen .....	488
5.	Das Abschneiden von Frauen bei den Wahlen zur Volkskammer .....	490
6.	Entwicklung der Zahl der Wahlberechtigten .....	494
7.	Die Wahlbeteiligung von Frauen an den Volkskammerwahlen.....	494
8.	Schlussfolgerungen.....	496

<i>III. Die Einführung des Frauenwahlrechts in weiteren Bereichen</i>	
<i>des öffentlichen Lebens</i> .....	497
<i>IV. Zwischenfazit</i> .....	499
§ 18 DAS FRAUENWAHLRECHT ZUM LANDTAG UNTER DER SÄCHSISCHEN	
VERFASSUNG VOM 1. NOVEMBER 1920 .....	501
I. <i>Das Frauenwahlrecht bei den Landtagswahlen vom</i>	
<i>14. November 1920</i> .....	501
II. <i>Die ersten weiblichen Abgeordneten im Sächsischen Landtag</i> .....	502
III. <i>Das Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid vom</i>	
<i>8. März 1921</i> .....	503
IV. <i>Zwischenfazit</i> .....	504
§ 19 DAS FRAUENWAHLRECHT IN DEN STÄDten UND LANDGEMEINDEn .....	505
I. <i>Die Bekanntmachung über die Wahlen von Stadtverordneten</i>	
<i>und Gemeindevertretern vom 28. November 1918</i> .....	505
II. <i>Die Auflösung der selbständigen Gutsbezirke</i> .....	508
III. <i>Die Wahlen in den Städten und Landgemeinden in Sachsen</i>	
<i>Anfang 1919 anhand einiger Beispiele</i> .....	508
1. Kandidatur und Listenplatzierung von Frauen am Beispiel	
der Stadtverordnetenwahl in Dresden.....	508
2. Kandidatur und Wahlerfolg von Frauen in Landgemeinden	
und kleineren Städten .....	511
3. Die Wahlbeteiligung an den Stadtverordneten- und	
Gemeindevertreterwahlen.....	513
4. Weitere Stimmrechte von Frauen in kommunalen Gremien.....	515
5. Schlussfolgerungen.....	517
IV. <i>Die Wählbarkeit von Frauen zu den Bezirksversammlungen,</i>	
<i>Bezirksausschüssen und Kreisausschüssen</i> .....	518
V. <i>Das Frauenwahlrecht nach der Gemeindeordnung für den</i>	
<i>Freistaat Sachsen vom 1. August 1923</i> .....	522
VI. <i>Zwischenfazit</i> .....	523
ERGEBNIS UND AUSBLICK .....	526